

22
83

Union in Deutschland

Bonn, den 16. Juni 1983

Weltweite Solidarität des Westens

Vor acht Monaten hat die Bundesregierung begonnen, die Wirtschaft wieder zu beleben, den Staatshaushalt zu sanieren und das soziale Sicherungssystem zu konsolidieren. Der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg war eine wichtige Station auf diesem Weg, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 9. Juni 1983.

Vielleicht wird Williamsburg einmal in die Geschichte eingehen als der Gipfel weltweiter Solidarität der großen Industrienationen angesichts der beiden großen Herausforderungen unserer Zeit: der sicherheitspolitischen und der wirtschaftlichen.

Die dringendste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Die Erholung unserer Wirtschaft ist in den letzten Monaten in Gang gekommen. Es kommt nun darauf an, dauerhaften Wirtschaftswachstum zu sichern, Investitionen zu ermutigen und die schöpferischen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft herauszufordern und zu fördern.

Wir alle wissen, daß der Erfolg dieses Bemühens auch davon abhängt, welche Politik unsere Partner-

(Fortsetzung Seite 2)

■ REGIERUNGS- ERKLÄRUNG

Abrüstung und Rüstungskontrolle
Seite 3

Politik der Zusammenarbeit
mit der Sowjetunion
Ziele des Moskau-Besuches
Ausblick auf den Europäischen
Rat in Stuttgart
Seite 6
Erfolge sind für jedermann
erkennbar
Seite 7

■ BUNDESPARTEI

Appell von Helmut Kohl:
Aktiv an der Diskussion „Frieden
schaffen mit immer weniger
Waffen“ teilnehmen
Seite 3

■ LANDES- PARTEITAGE

Hessen braucht
Walter Wallmann
Seite 11
Neue Aktion „Lebendige Natur“
in Baden-Württemberg
Seite 12
Saar-Offensive:
Arbeit — Umwelt — Frieden
Seite 13

■ SCHÜLER- FÖRDERUNG

CDU-Länder fördern begabte
Schüler — SPD-Länder
betreiben Blockadepolitik
Seite 15

■ DOKUMENTATION

Wege zur Bekämpfung der
Jugendarbeitslosigkeit (Forum
auf dem Parteitag) grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

länder verfolgen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Teil der Weltwirtschaft. Sie teilt ihr Schicksal, und sie trägt Mitverantwortung für ihre Entwicklung.

Die Bundesregierung überschätzt die unmittelbare Wirkungskraft einer solchen Gipfelkonferenz keinesfalls. Aber diese hat einen wertvollen Beitrag zur Orientierung und Abstimmung der internationalen Wirtschaftspolitik geleistet.

Die Erklärung von Williamsburg ist nicht bloß eine Botschaft der Hoffnung. Sie ist mehr als das. Sie ist die Vereinbarung einer gemeinsamen Strategie, von der keiner der sieben Teilnehmerstaaten des Gipfels ohne Schaden für sein Ansehen abweichen kann.

Der Wirtschaftsgipfel von Williamsburg hat der Zusammenarbeit zwischen den westlichen Industrieländern neue Impulse gegeben.

Natürlich kann ein Wirtschaftsgipfel nicht die Welt von heute auf morgen verändern. Niemand kann das erwarten. Internationale Zusammenarbeit ist eine Daueraufgabe und wird immer auch mit Problemen zu kämpfen haben.

Williamsburg hat aber insofern einen bedeutsamen Fortschritt gebracht, als die Probleme der Weltwirtschaft, der Währungsordnung, des Welthandels, des Nord-Süd-Verhältnisses und der Ost-West-Beziehungen nicht mehr nacheinander und getrennt voneinander erörtert wurden, sondern in ihrem unauflöselichen Gesamtzusammenhang gesehen werden.

Deshalb will ich aus der Erklärung von Williamsburg vor allem einen Satz besonders hervorheben:

„Wir wissen, daß wir gemeinsam handeln und ein ausgewogenes Ganzes an politischen Maßnahmen verwirklichen müssen, die den Zusammenhang zwi-

schen Wachstum, Handel und Finanzen berücksichtigen und nutzen, damit der Aufschwung alle Länder, die Industrieländer gleichermaßen wie die Entwicklungsländer, erfaßt.“

Das Ergebnis des Wirtschaftsgipfels von Williamsburg ist in mehrfacher Hinsicht ermutigend:

■ Ermutigend ist Williamsburg wegen der gemeinsamen Feststellung, daß nicht Einzelmaßnahmen und Sonderprogramme helfen können. Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kommt es vielmehr auf die Geschlossenheit und die Übereinstimmung aller Bereiche der Politik an.

Die wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung gegen die Arbeitslosigkeit und für die Gesundung der Wirtschaft ist damit voll bestätigt worden.

■ Ermutigend ist Williamsburg wegen der Gemeinsamkeit in der Überzeugung, daß monetäre Disziplin, das heißt eine auf Stabilität gerichtete Geldpolitik, unverzichtbar ist.

■ Ermutigend ist Williamsburg wegen der vollen Übereinstimmung darüber, daß budgetäre Disziplin, das heißt ein Abbau der staatlichen Neuverschuldung geboten ist. Wichtig ist, daß auch die Vereinigten Staaten dies voll anerkannt haben.

Unbefriedigend ist jedoch für uns alle, daß sich die Vereinigten Staaten von Amerika noch nicht in der Lage sahen, ausreichende praktische Schritte zur Entlastung der Währungs- und Finanzlage ihrer Partnerländer schon jetzt in Aussicht zu stellen.

■ Ermutigend ist Williamsburg wegen des Einvernehmens in dem Ziel, Protektionismus zu stoppen und der Liberalisierung des Welthandels eine neue Chance zu geben. Nach dieser Vereinbarung setzt jeder sich ins Unrecht, der auf Protektionismus zurückgreift.

Aktiv an der Diskussion beteiligen: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor dem Bundesvorstand der CDU in Bonn (12. 6. 1983) an alle Mitglieder und Freunde der Union appelliert, sich aktiv an der öffentlichen Diskussion über den richtigen Weg zur Sicherung des Friedens zu beteiligen. „Es war die von der Union betriebene Politik der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, der Mitwirkung im westlichen Bündnis und der Integration Europas, die uns seit fast 40 Jahren den Frieden sichert. Wir haben keinen Grund, diesen Erfolg zu verschweigen, sondern allen Anlaß, vor einer Abkehr von dieser Politik der Sicherung des Friedens in Freiheit zu warnen.“

Helmut Kohl forderte die über eine Million aktiven Freunde der Union auf, in Gesprächen am Arbeitsplatz und unter Nachbarn die Politik der CDU offensiv zu vertreten. „Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Deshalb dürfen wir nicht schweigen, wenn einseitigen Vorleistungen das Wort geredet, wenn die Bedrohung durch noch gar nicht existierende Raketen wichtiger genommen wird als die reale Bedrohung durch die seit langem auf uns gerichteten sowjetischen SS-20-Raketen.“ Helmut Kohl wies darauf hin, daß es nur dank der Entschlossenheit des Westens, am Doppelbeschluß der NATO festzuhalten, zu den Abrüstungsgesprächen in Genf gekommen sei. Es gelte jetzt, auf diesem Weg weiterzugehen.

„Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase der Weltpolitik. Wenn wir fest bleiben, könnte es zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit gelingen, die tödliche Rüstungsspirale zu durchbrechen. Wenn wir schwach werden, wenn wir unser, den Verbündeten gegebenes Wort brechen und uns dem Druck der Straße beugen, wird diese Chance vertan.“

■ Ermutigend ist Williamsburg wegen der Vereinbarung, beim Umweltschutz künftig verstärkt zusammenzuarbeiten.

Die Ursachen des Sauren Regens und des Waldsterbens sind nur in internationaler Zusammenarbeit zu überwinden. Deshalb ist die gemeinsame Verabredung im Interesse der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen besonders wichtig.

■ Ermutigend ist Williamsburg schließlich wegen der Einbeziehung der Entwicklungsländer in alle Überlegungen der Währungs-, Finanz- und Handelsbeziehungen. Williamsburg fand in einer Zeit statt, in der in Genf über die wichtigen Fragen der Abrüstung und der Rüstungskontrolle verhandelt wird. Das sind Fragen, die heute die Menschen

in allen Teilen der Welt tief bewegen. Es war deshalb geradezu zwingend, daß die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Länder der westlichen Welt dieses Thema ausführlich beraten und dazu eine gemeinsame Erklärung verabschiedet haben. Wäre das nicht geschehen, dann wäre dies nicht nur ein Anlaß für berechnete Kritik, sondern auch für vielfältige Spekulationen über angebliche Uneinigkeit der sieben Staaten und für Fehldeutungen auf Seiten der Verhandlungspartner der USA in Genf gewesen.

Abrüstung und Rüstungskontrolle

Die Erklärung von Williamsburg zur Abrüstung und Rüstungskontrolle ist geprägt

von der Entschlossenheit, den Frieden und die Sicherheit unserer Länder zu gewährleisten. Wir haben uns vor aller Welt verpflichtet, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, Frieden durch bedeutsame Rüstungsminderung zu erreichen.

Japans Entschluß, diese Erklärung zu tragen, ist ein Signal dafür, daß die Gefahren für den Frieden in der Welt von heute nicht teilbar sind. Zugleich wird damit bewiesen, daß die sowjetische Überrüstung als globale Bedrohung empfunden wird.

Die Bundesregierung schätzt es für die Sicherheit der Verbündeten und befreundeten Staaten als außerordentlich wichtig ein, daß sich die freien Völker des Westens einschließlich Japans im Angesicht der Bedrohung einig und standfest zeigen.

Die Sicherheitspolitik der Bundesregierung ist die Sicherheitspolitik der Atlantischen Allianz. Gemeinsam vertreten wir die Doppelstrategie des Harmel-Berichtes: Abschreckung durch Fähigkeit und Willen zur Verteidigung wird ergänzt mit der Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit.

Wir waren uns in Williamsburg einig: Die militärische Verteidigungsfähigkeit des westlichen Bündnisses ist ein Faktor der Stabilität in den internationalen Beziehungen. Die militärischen Mittel der Atlantischen Allianz sind ausschließlich auf die Bewahrung der eigenen Sicherheit begrenzt. Sie bedrohen niemanden.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß künftig die Abrüstungsbemühungen enger aufeinander abgestimmt werden, nur so lassen sich Bewegungsmöglichkeiten deutlicher identifizieren und Fortschritte ermöglichen.

Uns geht es nicht darum, Verhandlungsformen zusammenzulegen; damit würden Probleme eher komplizierter als geringer.

Wir waren uns in Williamsburg darüber einig, daß das umfassende rüstungskontrollpolitische Angebot des Westens eine Gesamtkonzeption für Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung ist.

Wenn eine Masche reißt, darf nicht das ganze Netz reißen; und wenn ein Weg aussichtslos erscheint, muß ein anderer Weg weiterführen.

Hinter dieser Konzeption steht die feste Überzeugung aller Teilnehmer in Williamsburg, daß Ost und West gleichermaßen auf Abrüstung und ein Klima des Dialogs und des Vertrauens angewiesen sind.

Die Erklärung von Williamsburg zur Abrüstung und Rüstungskontrolle verweist darauf, daß von westlicher Seite Vorschläge für verschiedene Verhandlungen unterbreitet wurden, um zu positiven Ergebnissen zu gelangen:

- über strategische Waffen (START),
- über nukleare Mittelstreckenwaffen (INF),
- über chemische Waffen,
- über die Reduzierung von Streitkräften in Mitteleuropa (MBFR) und
- über eine Konferenz über Abrüstung in Europa (KAR).

Diese Verhandlungen werden dynamisch und mit Nachdruck fortgeführt.

Die Sowjetunion weiß, daß wir an einem ausgewogenen Ergebnis der Genfer INF-Verhandlungen interessiert sind; nicht an einem Ergebnis um jeden Preis:

**nicht um den Preis der eigenen Sicherheit,
nicht um den Preis der politischen Unabhängigkeit,
nicht um den Preis der Gefährdung des Friedens.**

Wir stellen den sowjetischen Friedenswillen nicht in Frage. Wir fordern die Sowjetunion jedoch auf, diesen Friedenswillen durch konkrete Vereinbarungen jetzt in Genf unter Beweis zu stellen.

Wenn die sowjetische Führung den Fehler begehen sollte, die Wirkung ihrer eigenen Propaganda zu hoch und die Standfestigkeit westlicher freier Demokraten zu niedrig einzuschätzen —, dann werden die Tatsachen ihr eine bittere Enttäuschung bereiten.

Die Sowjetunion wäre schlecht beraten, würde sie ihre Verhandlungsstrategie in Genf auf diese Fehleinschätzung gründen.

Wir sind bereit, auf der Basis der Gegenseitigkeit auf eine ganze Waffenkategorie, nämlich die landgestützten Mittelstreckenraketen, zu verzichten. Das ist der Sinn der Nulllösung, die wir weiterhin als Idealösung jeder anderen vorziehen würden.

Bis wir dieses Ziel erreichen, müssen Zwischenlösungen möglich bleiben.

Es wurde absichtlich ein nicht durch Zahlen festgelegter Lösungsrahmen vorgegeben, um der Sowjetunion die Möglichkeit einzuräumen, eine ihr annehmbare Lösung zu konkretisieren.

Die jetzige sowjetische Verhandlungsführung läuft auf eine Blockierung der Verhandlungen hinaus:

Alle Bewegungen, die die Sowjetunion in kleinen Schritten bisher in den Verhandlungen vollzogen hat, waren immer auf das gleiche, unverrückbare Ziel gerichtet:

■ das eigene Potential der Vorrüstung an modernen SS-20-Raketen und damit ihre Monopolstellung zu bewahren und gleichzeitig

■ jegliche Modernisierung und Stationierung gleichwertiger Systeme auf westlicher Seite zu verhindern.

Diese sowjetische Verhandlungsführung ist eine Position des Alles oder Nichts. Es ist in der Tat absurd, dem Westen, der sich dieser sowjetischen Maximalposition nicht beugen möchte, die Flexibilität in der Verhandlungsführung abzusprechen.

Uns geht es nicht um militärische Überlegenheit; uns geht es um Gleichgewicht.

Nicht Gleichgewicht durch Rüstungswettlauf, sondern Gleichgewicht durch Abrüstung auf einem möglichst niedrigen Niveau der militärischen Kräfte.

Nicht wir wollen das Gleichgewicht zu unseren Gunsten verändern. Wir wollen, daß das von der Sowjetunion geschaffene Ungleichgewicht beseitigt wird.

Zwischen Regierung und Opposition sollten folgende Positionen unbestritten sein:

① Wir sind bereit, die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu respektieren. Wir sind jedoch nicht bereit, Westeuropa als eine Zone minderer Sicherheit zu akzeptieren.

② Wirksame Rüstungskontrollvereinbarungen müssen auf dem Grundsatz der Gleichheit beruhen, und sie müssen verifizierbar sein.

③ Eine Berücksichtigung der französischen und britischen Systeme hat in den INF-Verhandlungen keinen Platz.

④ Wir streben eine Reduzierung der sowjetischen Mittelstreckenpotentiale gegen Europa auf Null an und sind bereit, dafür auf die Dislozierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu verzichten.

Wenn es zu keinem Ergebnis kommen sollte, weil die Sowjetunion dazu nicht bereit ist, wird gemäß Doppelbeschluß stationiert werden. Sollte ein Zwischenergebnis erzielt werden, so wird sich der Umfang der Stationierung nach dem konkreten Verhandlungsergebnis richten.

⑤ Eine Verlagerung des gegen Europa gerichteten sowjetischen nuklearen Mittelstreckenpotentials nach Fernost ist nicht hinnehmbar.

⑥ Die Sowjetunion bleibt aufgefordert, eine Einigung nicht dadurch zu verhindern, daß sie sich durch verstärkte Rüstung in Fernost ein neues hegemoniales Machtmittel gegenüber ihren asiatischen

Nachbarn und zugleich ein verlegbares Dispositionspotential gegenüber Westeuropa verschafft.

Ebenso sollte sie die Dislozierung neuer Nuklearraketen in der westlichen Sowjet-

union und in den anderen Staaten des Warschauer Paktes einstellen, damit ein Verhandlungskompromiß nicht bereits unterlaufen wird, während er abgeschlossen werden könnte.

Politik der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion

Die Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle bleiben eingebettet in den Gesamtzusammenhang der Ost-West-Beziehungen.

Wir wollen eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Paktes. Wir streben an, die Gespräche mit den osteuropäischen Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion, auf allen Ebenen zu führen und, wenn möglich, zu vertiefen. Auch dazu haben sich alle Teilnehmer von Williamsburg deutlich bekannt.

Wir streben den baldigen Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens an. Die westlichen Verbesserungswünsche für das vorliegende Schlußdokument sind nicht gegen die Sicherheitsinteressen anderer Teilnehmerstaaten gerichtet.

Ziele des Moskau-Besuches

Am 4. Juli werde ich nach Moskau reisen. Ich habe die Einladung in die Sowjetunion sehr begrüßt. Für uns ist es selbstverständlich, daß wir das Gespräch mit der Sowjetunion intensiv führen. Ich begrüße, daß die sowjetische Führung dies ebenso sieht.

Bei diesem Besuch geht es mir

■ um das persönliche Kennenlernen der neuen sowjetischen Führung;

■ um die Verdeutlichung unserer Politik konstruktiver und gutnachbarlicher Beziehungen zur Sowjetunion und

■ um die wichtige Gelegenheit, mit der sowjetischen Führung über die westlichen Rüstungskontrollvorschläge zu sprechen.

Ich führe dieses Gespräch auf der Grundlage der festen Verankerung in der westlichen Gemeinschaft. Gerade dies begründet unsere Glaubwürdigkeit bei den östlichen Gesprächspartnern.

Der Gipfel in Williamsburg und der Europäische Rat in Stuttgart garantieren die enge Abstimmung mit unseren Freunden und Verbündeten. Wir sind in Moskau nicht Vermittler oder Dolmetscher. Wohl aber werden wir unsere deutschen Interessen sehr deutlich vertreten.

Wir werden auch sehr aufmerksam darauf hören, was unsere sowjetischen Gesprächspartner uns zu sagen haben. In diesem Sinne hoffe ich sehr, daß der Besuch in Moskau auch den laufenden Verhandlungen nützt. Die Gelegenheit darf nicht vertan werden.

Ausblick auf Europäischen Rat in Stuttgart

Der Europäische Rat in Stuttgart wird von hochgespannten Erwartungen der Öffentlichkeit begleitet. Diese Erwartungen richten sich vornehmlich auch an die deutsche Präsidentschaft.

Wir bemühen uns, diesen Erwartungen gerecht zu werden und bereiten den Europäischen Rat mit aller Sorgfalt, allem persönlichen Einsatz der beteiligten Minister

und intensiven Beratungen in Brüssel und Konsultationen mit unseren Partnern vor.

Ebenso deutlich muß ich aber sagen, daß der Europäische Rat nur dann den in ihn gesetzten Erwartungen gerecht werden kann, wenn alle Mitgliedstaaten zu Kompromissen und Beiträgen bereit sind. Das wird Opfer kosten. Auch für uns.

Durch die Europäische Gemeinschaft ist der über die Jahrhunderte in sich zersessene Kontinent, ist Westeuropa zu einer Zone des Friedens, zu einer Zone politischer Stabilität und beispielhafter Zusammenarbeit geworden. Ich glaube aber, daß wir in Europa politisch etwas zu bequem geworden sind. Wir haben uns darauf verlassen, daß die Gemeinschaft von selbst funktioniert.

Heute stehen wir vor der schwierigen Lage, daß Westeuropa, daß die Gemeinschaft Gefahr läuft zu stagnieren, ja, daß der Zusammenhalt unter ihren Mitgliedstaaten gelockert wird, wenn wir nicht bereit sind, ihr neue Kraft zu geben; wenn wir nicht bereit sind, durch unser Verhalten neues Vertrauen in den Fortgang der europäischen Einigung herzustellen.

Erfolge sind für jedermann erkennbar

Nach dieser Regierungserklärung diskutierte der Deutsche Bundestag am 9. und 10. Juni 1983 in der Hauptsache den wirtschaftspolitischen Teil der Regierungserklärung über die Ergebnisse von Williamsburg zusammen mit dem Jahresgutachten 1982/1983 des Sachverständigenrates und des Jahreswirtschaftsberichts 1983 der Bundesregierung. Die Sicherheits- und Abrüstungspolitik wird im Mittelpunkt der Plenardebatte in der nächsten Woche stehen. Zur Wirtschaftspolitik erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann, u. a.:

Ich glaube, daß alle Partner in der Europäischen Gemeinschaft in den vergangenen Wochen und Monaten deutlicher gespürt haben, daß die Gemeinschaft nur aus der gemeinsamen Anstrengung aller lebt, daß sie nicht ein Bankkonto sein kann, auf das man sowenig wie möglich einzahlt, aber um so mehr davon abhebt.

Es geht in der Tat darum, die europäische Solidarität wieder zu stärken.

Das Bündnis braucht einen starken europäischen Stützweiler.

Wir sind ein geteiltes Land. Die Einheit Deutschlands kann nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung wiederhergestellt werden. Deswegen brauchen wir Deutsche Europa mehr als andere.

Ich habe in meiner Regierungserklärung vom 4. Mai gesagt, daß sich unsere Erwartung an die europäische Einigung nicht nach Monaten und Jahren und nicht allein nach Konferenzen und Beschlüssen bemißt. Wir müssen in historischen Zeiträumen denken, aber wir müssen heute handeln, wenn es uns möglich ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den Konsens der sieben führenden demokratischen Industrienationen in allen wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen. Die Bundesregierung kann auf die volle Unterstützung durch die Fraktion setzen, wenn es darum geht, die in Williamsburg auf dem Weltwirtschaftsgipfel beschlossenen Grundsätze konsequent umzusetzen. Bundeskanzler Helmut Kohl ist nach Williamsburg gereist, um eine Politik zu vertreten, mit der allein wir eine Chance haben, die Massenarbeitslosigkeit als schwerste Bürde unseres Gemeinwesens einzudämmen.

Unsere Politik ist von allen Teilnehmern des Weltwirtschaftsgipfels akzeptiert worden. Die Ergebnisse von Williamsburg bestätigen: Wir befinden uns auf einem international anerkannten Weg. Niemand konnte uns einen besseren Weg zeigen.

Das hohe Zinsniveau hemmt die weltweite wirtschaftliche Wiederbelebung. Dem Vorsitzenden der Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten, Martin Feldstein, ist zuzustimmen, wenn er vor der Illusion warnt, die USA könnten auf Dauer mit einem Haushaltsdefizit von 200 Mrd. Dollar leben. Hoffentlich wird aus dieser Meinung bald konkrete Politik.

In schwieriger weltwirtschaftlicher Lage ist die Bundesrepublik Deutschland zum Gipfeltreffen mit gut erledigten „Hausaufgaben“ angetreten. Die Bilanz der Koalition der Mitte in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik kann sich sehen lassen. Die Erfolge sind für jedermann erkennbar. Der Pessimismus weicht einer positiven Grundstimmung.

Bei allen Erfolgen ist aber die Belastung der Politik durch die Konsequenzen jahrelanger Fehlentwicklungen in Rechnung zu stellen. Zu deren Überwindung sind Mut, Ausdauer und Einsichtsfähigkeit gefordert.

Die Hauptursachen unserer wirtschaftlichen Krise liegen in der bewußten Verschiebung der volkswirtschaftlichen Verteilungsquote zugunsten des Verbrauchs, zugunsten des Staates und seiner bürokratischen Verteilungsmechanismen, zu Lasten der Investitionen, zu Lasten des Wachstums, zu Lasten der Beschäftigung und schließlich auch der Finanzen der sozialen Sicherungssysteme.

Von den verfügbaren Einkommen unserer Volkswirtschaft verbrauchten die privaten Haushalte 1960: 62,3 Prozent, 1982: 65,6 Prozent; der Staat 1960: 14,6 Prozent, 1982: 24,1 Prozent. Investiert wurden dagegen 1960:

21,4 Prozent und 1982 nur noch 9,7 Prozent.

Die neue Bundesregierung hat mit ersten mutigen Schritten den Weg aus der Krise markiert. Der Jahreswirtschaftsbericht hat die klaren Leitlinien der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dargelegt. In der Opposition dagegen ist eine Alternative überhaupt nicht zu erkennen, weder personell noch sachlich. Quer durch die SPD geht die tiefe Verunsicherung über den Kurs der Partei, nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Die Union steht geschlossen in ihren Grundüberzeugungen und im festen Willen, die schwierigen Probleme der Zukunftssicherung zu meistern.

Anhand zweier Bereiche lassen sich diese Aufgaben beispielhaft konkretisieren: das ist die unumgänglich notwendige Revitalisierung der Wirtschaft und die Neuorientierung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft.

In beiden Bereichen sind durch die neue Koalition erste Schritte eingeleitet; weitere müssen aber folgen.

Die CDU/CSU-Fraktion ermuntert die Bundesregierung, in ihren Anstrengungen um die Konkretisierung dieser Aufgabenfelder nicht nachzulassen. Hierzu zählen die Förderung von Existenzgründungen und Finanzierungshilfen für junge Unternehmen, der Ausbau der Vermögensbildung, die Entlastung der Wirtschaft von bürokratischen Fesseln sowie der Abbau von Subventionen.

Wir wissen: Wir stehen vor schwierigen Problemen und Herausforderungen. Wir können sie aber meistern, wenn alle daran mitwirken. Wirtschaftliches Wachstum, das Rücksicht auf unsere Umwelt nimmt, ist notwendig und möglich.

Die Koalition der Mitte hat klare Ziele gesetzt, die von der Mehrheit der Bürger getragen werden. Die CDU/CSU wird diese Politik Schritt für Schritt verwirklichen.

INFORMATION

Die Wirtschaftsdaten stimmen wieder

Wie Manfred Carstens (Emsteck), Haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, berichtete, hat Bundesfinanzminister Stoltenberg den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages umfassend über die Haushaltsentwicklung 1983 und den Stand der Vorbereitung des Haushaltsentwurfs 1984 unterrichtet:

Für 1983 bestätigt sich, daß die Haushaltszahlen und die ihnen zugrundeliegenden Wirtschaftsdaten erstmals seit vielen Jahren realistisch sind. Für einen Nachtragshaushalt besteht keine Notwendigkeit. Eher wahrscheinlich ist eine etwas niedrigere Neuverschuldung in diesem Jahr, wenn die von vielen Sachverständigen nunmehr prognostizierte etwas günstigere Wirtschaftsentwicklung eintritt.

Die von der Bundesregierung für den Haushalt 1984 festgelegten Eckwerte können nach dem bisherigen Stand der Vorbereitung und den bisher geführten Chefgesprächen über die Einzeletats eingehalten werden.

In der Diskussion wurde deutlich, daß die Opposition keine Alternative zur Finanzpolitik der Bundesregierung hat.

Post investiert und sichert Arbeitsplätze

Der Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost hat den vom Bundespostminister Schwarz-Schilling vorgelegten Jahresabschluß 1982 genehmigt. Dieser erklärte, daß die Bundespost 1982 wiederum mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen habe. Die zusätzlichen Einnahmen aus der Gebührenerhöhung im Postwesen zum 1.

Juli 1982 hätten die sich abschwächende Ertragsentwicklung der letzten Jahre überdeckt.

Die Deutsche Bundespost investierte 1982 12,5 Mrd. DM in Sachanlagen, mehr als ein Viertel der entsprechenden Investitionen im Industrie- und Handwerksbereich, und sichert damit rd. 200 000 Arbeitsplätze in der deutschen Wirtschaft. Der Hauptanteil der Investitionen entfiel wie in den vergangenen Jahren auf den Fernmeldebereich. Die Zahl der Hauptanschlüsse erhöhte sich 1982 um einen Nettozugang von 0,945 Mio. auf 23 034 094.

Moskau stellt neue Raketen auf

Die Sowjetunion hat laut ddp verstärkt damit begonnen, Mittelstrecken-Atomraketen der neuen Typen SS21, SS22 und SS23 abschußbereit aufzustellen. Wie ein Sprecher des Londoner Internationalen Instituts für Strategische Studien erklärte, sind diese neuen Systeme „wesentlich gefährlicher“ als das bisherige Mittelstreckenarsenal Moskaus.

So seien die neuen Waffen zum Teil zweieinhalbmal so schwer und somit auch durchschlagkräftiger als die bisher stationierten Typen „Scaleboard“ und „Scud“. Auch ihre Reichweite sei größer. Diese Raketen, auch wenn sie östlich von Moskau aufgestellt würden, könnten Ziele in ganz Europa erreichen. Zur selben Zeit sei das Aufstellungsprogramm der SS20 „verlangsam“ worden. In den letzten zwei Monaten sei kein Zuwachs zu den registrierten 351 verzeichnet worden.

Das Riesen-U-Boot „Typhoon“, über das im Westen gerade erste Berichte erschienen, ist nach Angaben des Sprechers seit „mindestens einem Jahr“ im Dienst. Was bislang nicht klar gewesen war, sei die Bewaffnung des fast 200 Meter langen U-Bootes mit Raketen von Typ SS20. Die Bestückung von vier „Typhoon“ könne

1987 bereits 1000 Sprengköpfe betragen, was das Kräftegleichgewicht fühlbar zugunsten der UdSSR verändere. Außerdem sei ein weiteres U-Boot dieser Klasse vom Stapel gelaufen, zwei neue habe man auf Kiel gelegt.

Klose zieht Oppositionsfähigkeit der SPD in Zweifel

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose hat die Oppositionsfähigkeit seiner Partei in Zweifel gezogen und die Sozialdemokraten aufgefordert, sich endlich von der irrealen Vorstellung zu lösen, „immer noch irgendwie Regierungspartei zu sein“.

Eine „von Anpassungsdruck und Opportunismen unbeschädigte Glaubwürdigkeit“, ohne welche Mehrheiten nicht zu überzeugen seien, könne nur auf einem langen und beschwerlichen Weg zurückgewonnen werden. Mit taktisch noch so fein gestrickten Rezepten sei nichts zu machen, sagte Klose. Die SPD müsse erkennen, daß sie nicht durch politische Wendemanöver und Tricks anderer in die Opposition gedrängt worden sei, sondern durch Wählerentscheidung. Klose äußerte die Vermutung, daß die Oppositionszeit der SPD länger als nur eine Legislaturperiode dauern werde.

GdP-Vorsitzender läßt eigene Leute im Stich

Zu den Angriffen der SPD und der Alternativen auf die beabsichtigte Änderung des Demonstrationsstrafrechts erklärte MdB Otto Regenspürger, Mitglied des Innenausschusses: Die Polizisten vom Reagan- und Haig-Besuch, von Brockdorf und der Startbahn West dürften erstaunt sein, wenn der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei sich in einer Reihe mit denjenigen findet, die mit Gewalt und Rechtsbruch der Mehrheit ihren Willen aufzwin-

gen wollen, und der SPD, die sich bei ihnen anbietet. Der GdP-Vorsitzende muß sich vorhalten lassen, daß er sich im Widerspruch zu denen befindet, die Verantwortung für die Polizisten tragen, die mit unzulänglichem rechtlichen Instrumentarium die Gewalttaten verhindern sowie Gewalttäter fassen und überführen sollen.

Wer Gewalttaten ermöglicht und Gewalttäter vor dem polizeilichen Zugriff schützt, begeht strafwürdiges Unrecht, das wieder unter Strafe gestellt werden muß. Allein darum geht es. Der friedliche Demonstrant hat auch in Zukunft nichts zu fürchten.

Grünes Establishment paßt sich an

Petra Kelly, Mit-Fraktionschefin der neuen Gruppierung im Bundestag, landete nach einem Mallorca-Urlaub auf dem Düsseldorf Flughafen. Ärgerlich wurde sie, als sie das Auto der Bundestags-Fahrbergschaft nicht entdecken konnte und interviewierte deshalb mehrfach telefonisch beim Fahrdienst. Als sie ihren Chauffeur endlich gefunden hatte, fragte sie ihn, wo er denn so lange geblieben wäre. Doch der blieb ganz ruhig und antwortete: „Ich dachte“, Sie sind schon mit dem Fahrer unterwegs.“

Parteienfinanzierung: Kommissionsbericht als Sonderdruck erschienen

Der Bericht zur Neuordnung der Parteienfinanzierung, Vorschläge der vom Bundespräsidenten berufenen Sachverständigenkommission, ist als Sonderdruck beim Verlag Bundesanzeiger, Breitestraße 78, 5000 Köln, Telefon (0221) 2029112, zu beziehen. Der Sonderdruck umfaßt 240 Seiten (broschiert), Preis: 18,— DM zuzüglich Porto.

LANDESPARTEITAGE

Hessen braucht Walter Wallmann

Alfred Dregger hatte ihn als den „neuen Hoffnungsträger“ der Partei bezeichnet, und die Delegierten unterstrichen diesen Appell des langjährigen hessischen CDU-Landesvorsitzenden zu Mut und Vertrauen mit minutenlangem Applaus für Walter Wallmann, den neuen Spitzenkandidaten der hessischen CDU. Von 445 Delegierten stimmten 434 auf dem CDU-Landesparteitag am 9. Juni 1983 in Bad Soden für „die neue Hoffnung Walter Wallmann“, der bei den Landtagswahlen im Herbst nun endlich auch in Hessen den politischen Wechsel schaffen soll. Eine geschlossene Partei steht hinter ihm, bereit für den Kampf um die Mehrheit, damit der Bonner Aufschwungkurs auch in diesem Bundesland Unterstützung erfahren kann.

Welch hohes politisches Gut sachpolitische Einigkeit und Geschlossenheit ist, wird insbesondere im Kontrast zur gegenwärtigen Situation innerhalb der hessischen SPD deutlich: wenige Stunden, bevor der CDU-Landesparteitag Walter Wallmann zujubelte, hagelte es für den geschäftsführenden hessischen Ministerpräsidenten Börner in seinem Heimatwahlkreis Kassel-Ost harsche Kritik. Wie unzufrieden die SPD mit Börners Kurs ist, dokumentierten die Genossen durch die Kandidatur des 34-jährigen Berufsschullehrers Hackenschmidt, der als Gegenkandidat von Börner für die nächste Landtagswahl immerhin 67 Ja-Stimmen verbuchen

konnte. Für Börner hatten sich nur noch 127 Stimmen gefunden.

Für Walter Wallmann, der sich als „Oberbürgermeister aller Frankfurter“ weit über Hessen hinaus Anerkennung auch bei den politischen Gegnern der CDU erworben hat, ist die Sicherung des Gemeinwohls die wichtigste Aufgabe der Union in Bund, Ländern und Gemeinden. Wallmann warb auf dem Landesparteitag deshalb auch für eine Politik, die sich das wohlverstandene Interesse aller Bürgerinnen und Bürger als Maßstab setze und nicht die Sonderinteressen einzelner gesellschaftlicher Gruppen.

Das bedeutet zuerst: Sanierung des Haushalts, um den Jungen wieder Zukunftschancen zu geben; Sicherung der Renten, um der älteren Generation einen sorgenfreien Lebensabend zu garantieren; Überwindung von Gruppeninteressen und Zuschütten von Gräben, die die verfehlte Politik der SPD zwischen Jungen und Alten, Eltern und Kindern, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Meistern und Lehrlingen aufgerissen hat.

Dazu bedürfe es — so Wallmann weiter — konkreter politischer Entscheidungen. Vor allem aber bedürfe es geistiger Führung, also einer grundsätzlichen Vorstellung von dem, was Politik leisten müsse. Geistige Führung in der Politik heißt nach Walter Wallmann: Formulierung des öffentlichen Interesses in einer pluralistischen Gesellschaft und die Kraft, diesem öffentlichen Interesse auch Geltung zu verschaffen.

Der hessischen SPD warf Wallmann vor, in 36-jähriger Regierungsverantwortung „unsere politische und wirtschaftliche Zukunft

erheblich gefährdet und damit dem Land Hessen Schaden zugefügt zu haben". Die Regierung klebe an ihren Sesseln. Die Sozialdemokraten hätten immer noch nicht begriffen, daß sie seit 1974 nicht mehr über eine Mehrheit im hessischen Landtag verfügten. Die SPD gebe keine Antwort auf die Fragen der Zukunft.

Wallmann warf den Sozialdemokraten vor, den Ausweg in „staatswirtschaftlichen Beschwörungsformeln der Vergangenheit“ zu suchen. Dazu gehöre im übrigen auch ein Denken, wie es kürzlich der hessische Sozialminister Clauss offenbart habe, als er der Union vorwarf, Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen zu wollen, um Arbeitslose als „Politikinstrument“ gebrauchen zu können. Wallmann: „Das ist das Politikverständnis einer Klassenkampfpartei. Das ist die Denunziation des politischen Gegners als Feind der Gesellschaft. Ein solches Denken zerstört den demokratischen Konsens.“

Auf die Bündnispolitik der hessischen SPD mit den Grünen war der Ehrenvorsitzende der Hessen-Union und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, näher eingegangen. Eine Fortführung der rotgrünen Zusammenarbeit würde nach Meinung Dreggers zur permanenten Handlungsunfähigkeit der hessischen Regierung führen. „Die hessische CDU ist heute die einzige politische Hoffnung Hessens. Erfolg ist ihr, aber nicht nur um Hessen, sondern auch um Deutschland zu wünschen. Bei der riesigen Aufgabe, vor der wir in der Politik jetzt stehen, kann die Bundesrepublik nicht auf die aktive Mitwirkung ihres Herzlandes Hessen verzichten. Auch Deutschland braucht eine aktive, voll handlungsfähige hessische Landesregierung. Die kann es aber nur von der CDU mit Walter Wallmann an der Spitze geben.“ Der Parteitag der hessischen CDU quittierte diese Feststellung mit langem zustimmendem Applaus.

Neue Aktion „Lebendige Natur“ in Baden-Württemberg

Ganz im Zeichen der inneren Geschlossenheit stand der Landesparteitag der baden-württembergischen CDU, der am vergangenen Wochenende (11./12. Juni 1983) im nordbadischen Leimen-St. Ilgen abgehalten wurde. Mit der überwältigenden Mehrheit von 91 Prozent wurde Ministerpräsident Lothar Späth auf diesem letzten Parteitag vor den Landtagswahlen wiedergewählt, ein ebenso gutes Wahlergebnis erzielte der stellvertretende Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel.

Lothar Späth machte in seinen Ausführungen deutlich, daß es das erklärte Ziel der Christdemokraten in Baden-Württemberg sei, auch nach dem nächsten Wahltag (25. März 1984) allein zu regieren. Die Umarmungstaktik der Landes-FDP sei, so Späth, ganz gewiß nicht dazu angetan, die CDU von ihrem Vorhaben, auch nach 1984 ohne Koalition zu regieren, abzubringen. Das Votum der Wählerschaft bei der Bundestagswahl am 6. März habe bereits deutlich gezeigt, welches Vertrauen in die CDU in Bund und Land gesetzt werde.

Neben der deutlichen Abgrenzung zur FDP betonte der Ministerpräsident auch, daß er nach wie vor die Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 2000 DM + 200 je Kind im öffentlichen Dienst für die beste Lösung als Solidaritätsbeitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die junge Generation hält. Angesichts eines generellen Umstrukturierungsprozesses in der Bundesrepublik müsse, so Lothar Späth, die Union einen „dritten Weg zwischen res-

gnativer Mangelverwaltung und bloßem Wachstumsoptimismus" gehen.

Dabei komme es darauf an, die Konfliktgesellschaft in eine Versöhnungsgesellschaft zu überführen. Anstelle des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit müsse wieder die Partnerschaft treten. Lothar Späth betonte, daß „aus dem Kampfritual der Interessenverbände“ die Grundfragen des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital herausgehalten werden müßten.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Erwin Teufel, nannte als wichtigstes Ziel einen konsequenten Kurs des „Gesundsparens“, der derzeit angebracht sei und für die Konsolidierung der Finanzen sorgen müsse.

Einer der Hauptpunkte des Parteitages, bei dem unter anderem der Antrag verabschiedet wurde, daß künftig nach § 218 StGB keine Abtreibungen aus sozialen Gründen auf Kosten der Krankenkassen mehr möglich sein sollen, war die Rede von Heiner Geißler. Vor den 400 Delegierten sagte er zur Friedenspolitik, daß „wir alle eine Friedensbewegung sind“. Dazu brauche es, so Geißler, nicht die einseitige Moral der Linken oder der Grünen.

Umweltschutzminister Gerhard Weiser stellte die neue Aktion „Lebendige Natur“ vor, nach der jeder Kreisverband angesprochen ist, sich mit einer Naturschutzinitiative zu beteiligen. Nach den Erfahrungen anderer Aktionen auf baden-württembergischer Landesebene zeigte sich der Minister sehr zuversichtlich, daß auch diese Aktion deutlich unter Beweis stellen werde, daß die Unionspolitiker eigentlich die „Grünen“ seien, da sie schon frühzeitig naturpolitische Initiativen ergriffen hätten.

Insgesamt bot der 18. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Leimen-St. Ilgen einen gelungenen, sachlich-nüchternen Einstieg in den Landtagswahlkampf

1984, der aber erst Anfang nächsten Jahres beginnen wird.

Die CDU Baden-Württemberg hat erneut bewiesen, daß sie geschlossen und stark hinter ihrer Führung steht. Die Geschlossenheit der Südwest-Union, die sich bei den Vorstandswahlen bestätigte, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß Politik als „Kunst des Menschen“ bei der CDU Baden-Württemberg auf festen Säulen steht.

Saar-Offensive: Arbeit – Umwelt – Frieden

Nur eine Politik, die das Prädikat „glaubwürdig“ verdient, kann nach Auffassung des Landesvorsitzenden der CDU Saar, Ministerpräsident Werner Zeyer, dem Saarland eine Zukunft geben. Auf dem Landesparteitag der Union in Saarbrücken kündigte Zeyer eine verstärkte Offensive der CDU Saar mit einem Programm „Arbeit – Umwelt – Frieden“ und eine Öffnung für Diskussionen an.

In seiner Rede trat Zeyer für baldige Entscheidungen über Arbeitszeitverkürzung und Vermögensbildung ein. Zeyer erklärte: „Wir können es uns nicht leisten, weiter über diese Themen zu diskutieren. Wir müssen in absehbarer Zeit zu konkreten Vorschlägen kommen, die dann auf den gesetzgeberischen Weg gebracht werden.“ In diesem Zusammenhang plädierte er für eine „vorurteilslose Diskussion“ bei Parteien, Arbeitgebern und Gewerkschaften.

Frieden und Freiheit sind aus seiner Sicht nicht bedroht durch Pershing-II-Raketen, sondern „durch die Erziehung zum Haß in den Ostblockstaaten, durch die militärische Überlegenheit der Sowjetunion im konventionellen Bereich und die Hochrü-

stung des Kremls mit Hunderten von SS-20-Raketen", aber auch „durch manche Helfershelfer der Politik Moskaus in unserem Land, die den Willen und die Fähigkeit zur Verteidigung unserer Grundwerte schwächen". Zeyer bekannte sich zu einer Entspannungspolitik der Tat.

Zeyer warnte davor, „abstruse Ideen" eines Generalstreiks gegen die Nachrüstung zu befürworten. In der Verantwortung sieht er auch jene Sozialdemokraten, „die zweifelsfrei auf dem Boden der Verfassung stehen": „Schweigen aus falsch verstandener Solidarität macht mitschuldig".

Im landespolitischen Teil seiner Rede warnte Zeyer davor, das „laufende und finanziell abgesicherte Konzept" für ARBED-Saarstahl aufzugeben und das Unternehmen „jetzt in den gefährlichen Strudel" treiben zu lassen, der bei einer sofortigen Einbindung in die „völlig ungeklärte Neuordnung" der deutschen Stahlindustrie entstehen müßte. Den Bergarbeitern an der Saar sagte Zeyer die gleiche Unterstützung zu. Zeyer sieht die „Zukunftschancen" der saarländischen Wirtschaft im Mittelstand.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Werner Scherer, sieht in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Sicherung des Montanstandortes Saar und in der Entwicklung von Zukunftsperspektiven die wichtigste Aufgabe der CDU-Politik. Scherer wörtlich: „Warum sollten wir nicht das faszinierende Ziel ins Auge fassen, das Saarland zum umweltfreundlichsten Energie- und Industrieland in der Bundesrepublik Deutschland zu machen?"

In der anschließenden Aussprache wurde die Rede des Landesvorsitzenden als ermutigend und richtungweisend bewertet. Die Diskussionsredner riefen aber dazu auf, „das Defizit an Gefühlen und Empfindsamkeit abzubauen und eine Politik ver-

stärkt mit ‚Herz und Gefühl' zu machen." Bei den Vorstandswahlen votierten drei Viertel der Delegierten für Ministerpräsident Werner Zeyer. Bei der Wahl der vier Stellvertreter gab es eine kleine Überraschung. Hier setzte sich neben den bisherigen Stellvertretern Rita Waschbüsch, Günther Schacht und Albrecht Feibel als neuer Stellvertreter, der stellvertretende Landesvorsitzende der JU Saar, Peter Müller durch.

Gäste des Landesparteitages der CDU Saar waren der stellvertretende Bundesvorsitzende der Union, Bernhard Worms, und der Wirtschaftsminister des Nachbarlandes Rheinland-Pfalz, Heinrich Holkenbrink. Bernhard Worms bot eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kohle-Ländern Saar und Ruhr an. Holkenbrink erinnerte an die traditionell gute Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und Saar.

Als Gastredner des Landesparteitages war EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes eingeladen. Narjes kündigte eine Umweltverträglichkeitsprüfung auf europäischer Ebene an und sprach sich gegen nationale Alleingänge im Umweltschutz aus.

Den 540 Delegierten lag ein umfangreicher Tätigkeitsbericht der Landesgeschäftsstelle vor, der neben den Tätigkeitsberichten der Gremien und Fachausschüsse umfangreiche Statistiken und Tabellen zur Mitgliederentwicklung ausweist.

In diesem Geschäftsbericht weist der Landesgeschäftsführer der CDU Saar, Engelbert Thiel, zum 30. April 1983 30.976 Mitglieder nach, was die höchste Organisationsdichte der CDU Deutschlands ist. Bei dieser Organisationsdichte sei nach den Worten von Thiel nur noch über eine Feinanalyse ein Takt zuzulegen.

Wegen der umfangreichen Tagesordnung verwies der Landesparteitag die vorliegenden Anträge an den Landesausschuß, der noch vor der Sommerpause darüber beraten will.

■ SCHÜLERFÖRDERUNG

CDU-Länder fördern begabte Schüler SPD-Länder betreiben Blockadepolitik

Zu einer bildungspolitischen Abstimmungskonferenz haben sich die bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen und der Bundesfraktion von CDU und CSU in Bonn mit den zuständigen Ministern getroffen. Zu den wichtigsten Beratungsergebnissen erklärt der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Klaus Daweke:

Die bildungspolitischen Sprecher der CDU und CSU unterstützen nachdrücklich die positiven Entwicklungen und Regelungen in den unionsregierten Ländern, Schülerförderungen der Länder für begabte Schüler aus einkommenschwachen Familien aufzubauen. Auch dementsprechende Initiativen der CDU-Oppositions-Landtagsfraktionen sind außerordentlich begrüßenswert.

Demgegenüber wurde aus den SPD-regierten Ländern berichtet, daß in den Landtagen noch keinerlei Initiativen der SPD-Regierungen vorlägen. Damit besteht die Gefahr, daß nach Auslaufen der Bundesregelung im nächsten Schuljahr begabte Schüler aus sozial schwachen Familien in diesen Bundesländern nicht mehr gefördert werden. Offenkundig will die SPD mit dieser Blockadepolitik das Risiko in Kauf nehmen, daß ein ganzer Jahrgang von Schülern zum Spielball parteipolitischer Überlegungen gemacht wird.

Die SPD-Länder sollten jetzt schnell in der Schülerförderung ihre Blockadepolitik beenden, die sie entgegen aller bildungspolitischen Vernunft betreiben, denn

sonst müßte der SPD mit guter Begründung ein Schülerförderungskahlschlag vorgeworfen werden.

Die bildungspolitischen Sprecher der Union würdigen die großen Anstrengungen der Betriebe, der Kammern und der Wirtschaftsverbände, zusammen mit Arbeitsverwaltung und Politikern allen ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen in diesem Jahr zu einem betrieblichen Ausbildungsplatz zu verhelfen. Die Chancen stehen gut, daß dieses Ziel erreicht wird, wenn auch die Jugendlichen, die Lehrstellen suchen, flexibel und anpassungsbereit auf die schwierige Situation des Lehrstellenmarktes reagieren. Die Initiative der Bundesregierung, durch weitere Beseitigung ausbildungshemmender Bestimmungen zur Erhöhung des Lehrstellenangebots beizutragen, findet die volle Unterstützung der bildungspolitischen Sprecher.

Besonders positiv ist zu vermerken, daß die Wirtschaft ihren Aufgaben für die Finanzierung der Berufsbildung in eigener Verantwortung nachkommt und nicht aus der — falschen — Erwartung staatlicher Alimentierung heraus den Abschluß von Ausbildungsverträgen für Lehrlinge verzögert.

Die bildungspolitischen Sprecher unterstützen den Beschluß der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz, zu der notwendigen Abstimmung der Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik zwischen Bund und Ländern die Arbeit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) zu straffen und zu entbürokratisieren sowie ihre politische Wirksamkeit zu konzentrieren.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 20. 6. Frauenvereinigung
Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 21. 6. CDA Rheinland
Landesvorstand, Köln
- 24. 6. LV Westfalen-Lippe
Geschäftsf. Landesvorstand
und Landesvorstand,
Dortmund
- 24. 6. KPV Nordrhein-Westfalen
Vorstand, Schmalleberg
- 24. 6. CDA Württemberg-Hohenzollern
Bezirksvorstand, Riedlingen
- 25. 6. CDA Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 25. 6. LV Hessen
Medien-Kolloquium, Hanau
- 25. 6. KPV Nordrhein-Westfalen
24. Delegiertenversammlung
Lennestadt
- 29. 6. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
- 1. 7. KPV Baden-Württemberg
Landesvorstand, Nierreschach
- 1. 7. LV Westfalen-Lippe
Geschäftsf. Landesvorstand
und Landesverband
Hagen
- 1. 7. OMV Konstituierender
Bundesvorstand
der Ost- und Mitteldeutschen

- Vereinigung in der CDU/CSU
Bonn, KAH
- 2. 7. CDU Westfalen-Lippe
Landesparteitag, Hagen
- 2. 7. Frauenvereinigung
Baden-Württemberg
Landesvorstand, Stuttgart
- 2. 7. KPV Baden-Württemberg
Landesstag, Nierreschach
- 5. 7. LV Westfalen-Lippe
Geschäftsf. Landesvorstand
und Landesvorstand, Dortmund
- 6. 7. **CDU — Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
- 11. 7. LV Baden-Württemberg
Landesvorstand, Stuttgart
- 15./16. 7. CSU-Landesparteitag
München, Bayernhalle
- 16. 7. CDA Baden-Württemberg
„Rentenreform 1984“
Friedrichshafen
- 22. 7. MIT Schleswig-Holstein,
Landesvorstand, Neumünster
- 12. 8. LV Hessen
Landesvorstand, Bad Nauheim
- 18. 8. Junge Union Niedersachsen
Landesvorstand, Hannover
- 26. 8. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
- 27. 8. CDA Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 1./2. 9. **CDU — Bund**
Bundessozialsekretärskonferenz
Königswinter

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41 11. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann (BLZ 370 100 500). **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 500). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId